



# „Ob mir geholfen wird, ist eine Frage?“

„Wiedergutmachung“ für NS-Zwangssterilisierte?

*Das Beispiel von Herrn J. aus der (heutigen) Verbandsgemeinde Gerolstein*

Das didaktische Arrangement wurde von einer Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Geschichtsdidaktik der JGU Mainz im Sommersemester 2024 entwickelt.





## Quellen

### **M1: Ausschnitt aus dem rheinland-pfälzischen „Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus“ (LEG) von 1950**

“Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus Vom 22. Mai 1950. In dem Willen, das durch die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus verübte Unrecht nach Kräften wiedergutzumachen, seine Fortwirkungen für die Zukunft nach Möglichkeit zu unterbinden und ihren Opfern eine angemessene Lebensgrundlage zu sichern, hat der Landtag von Rheinland-Pfalz [...] das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird: [...]

#### **§ 1 Wiedergutmachungsanspruch**

(1) Wer in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis 8. Mai 1945 durch nationalsozialistische Verfolgungs- oder Unterdrückungsmaßnahmen wegen seiner politischen Haltung seiner Rasse, seines Glaubens oder seiner Weltanschauung benachteiligt worden ist (Geschädigter), kann nach den Vorschriften dieses Gesetzes vom Lande Wiedergutmachung beanspruchen. [...]

#### **§ 2 Gleichheit vor dem Gesetz**

Ein Wiedergutmachungsanspruch ist nicht deshalb ausgeschlossen, weil die schädigende Maßnahme einer zur Zeit ihrer Begehung herrschenden Anschauung entsprochen hat, nach der eine Benachteiligung einzelner wegen ihrer Rasse, Religion, Weltanschauung oder ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus zulässig war.

*Quelle: Quelle: Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz 4,28 (1950), S. 176, online abrufbar unter:  
[https://cms.archivportal-d.de//sites/default/files/media/document/2022-11/1950-05-22\\_Rheinland-Pfalz%20Landesgesetz%20Entsch%C3%A4digung\\_GVBl.%20Rheinland-Pfalz%201950%2C%20175-188\\_WGM.pdf](https://cms.archivportal-d.de//sites/default/files/media/document/2022-11/1950-05-22_Rheinland-Pfalz%20Landesgesetz%20Entsch%C3%A4digung_GVBl.%20Rheinland-Pfalz%201950%2C%20175-188_WGM.pdf)*

**M2: Ausschnitt aus dem Antrag auf „Geschädigtenrente und Heilfürsorge“ von Herrn J., November 1951**

Herr J. stellte im November 1951 einen Antrag auf Geschädigtenrente beim Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen in Trier. Die Frage nach den erlittenen Verfolgungsmaßnahmen beantwortete er mit: „Sterilisation“. Unter „Sonstige Bemerkungen“ gab er Folgendes an:

VII. Sonstige Bemerkungen:  
*Seit diesem Gewalteingriff bin ich krank,  
habe dauernd Kopfschmerzen, leide an Schwindel-  
anfällen und die Sehkraft der Augen lässt immer  
mehr nach.*



*"Seit diesem Gewalteingriff bin ich krank,  
habe dauernd Kopfschmerzen, leide an Schwindel-  
anfällen und die Sehkraft der Augen lässt immer  
mehr nach."*

Quelle: LHa Koblenz, Bestand 927 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg, Nr. 197



**M3: Ausschnitte aus Briefen von Herrn J. an das *Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen* in Trier vom Januar und März 1953, in denen er sich nach dem Stand seines Antrags erkundigt**

an das Regierungsbezirksamt  
für Wiedergutmachung  
und kontrollierte Vermögen!

den 9.1.53

R. W. K.  
Eing. 1.3. JAN. 1953

a 1796

Auf meinen Antrag vom 26.11.51 habe ich  
bis heute noch nichts näheres gehört. Möchte Ihnen nur  
mitteilen, dass ich seit 21.8.50 dem Tode meiner Mutter  
ohne finanzielle Hilfe bin. Kein Brand, keine Kartoffel und  
nichts kaufen kann (an Kleidung nicht zu denken) da ich kein  
Einkommen habe.

Möchte Sie hiermit herzlichst bitten, wie weit  
die Sache mit der Wiedergutmachung vorangegangen ist.

Hochachtungsvoll!

Reg. Bezirksamt  
Wiedergutmachung + kontrollierte  
Vermögen!

R. W. K. Trier  
Eing. 1.6. MRZ. 1953

den 13.3.53

Grundliste Nr. 796  
Aktenzeichen B/ 748

Am 9.1.53 habe ich Ihnen per Einschreiben  
geschrieben, wie weit die Sache der Wiedergutmachung  
für sterilisierte Personen sei. Am allerwenigsten  
wartet man auf eine Antwort, was bei Ihnen  
sicher nicht Sitte ist.

Sollte in Kürze nicht die Antwort erfolgen,  
werde ich die Sache in richtige Hände geben.

Quelle: LHa Koblenz, Bestand 927 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg, Nr. 197





“Auf ihr Schreiben vom 25.8.1953 erkläre ich wie folgt! Daß ich durch das Gesundheitsamt sterilisiert worden bin. Die Begründung des Urteils, war, schwachsinnig. Das Erbgericht tagte in Gerolstein [...]. Die verstorbene Mutter war, selbst dort, und hatte nichts erreicht. Die Unfruchtbarmachung erging vonstatten. Ich bin daher beeinträchtigt dadurch geworden, und stehe ganz ohne Einkommen im Beruf dar. Wo kann die deutsche Behörde so etwas zu lassen. Den Glauben an die Menschheit habe ich verloren weil, alles Schwindel war. Nach dem religiösen Standpunkt heißt es doch, dass das Werk Gottes in der Natur nicht vernichtet werden darf. Es ist meine Herren! Leiden an mir und anderen geschehen. Ob mir geholfen wird, ist eine Frage? An sie meine Herren. Ich wünsche mir lieber heute noch den Tod als Morgen, meine Ehre ist genommen und auch alles andere. Gruß [...] J.”





**M7: Mitteilung des Amtsgerichtes Trier vom März 1954**

Die gelben Hervorhebungen wurden nachträglich hinzugefügt.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts Trier, den 20. März 1954  
Abt. 11  
- XIII 280 / 35 -

B e s c h e i n i g u n g .  
-.-.-.-.-

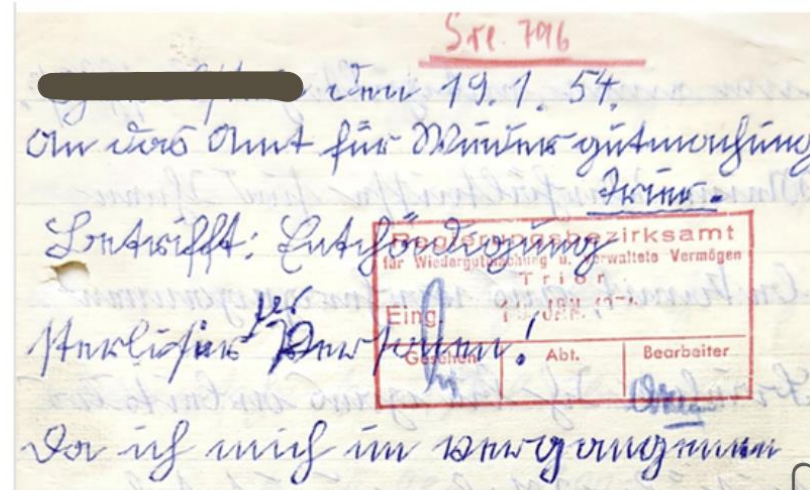
Im Register für Erbgesundheitsachen befindet sich unter Nr. 280/35 folgende Eintragung :  
Tag des Eingangs der ersten Schrift : 6.6. 1935  
Antragsteller : Amtsarzt in Daun  
Des Unfruchtbarzumachenden Name : J. [REDACTED], [REDACTED]  
geb. [REDACTED],  
Die Unfruchtbarmachung wurde am 17. 7. 1935 beschlossen,  
Entscheidung des Erbgesundheitsobergerichts beschlossen am 30. 9. 1935 ,  
Die Unfruchtbarmachung wurde am 30. 12. 1935 ausgeführt,  
Am 19. 8. 1935 ist eine Beschwerde eingegangen.  
Die Gerichtsakten sind am 7. Februar 1936 nach Daun abgegeben worden.  
Grund der Unfruchtbarmachung : angeborener Schwachsinn.  
Weitere Angaben können nicht gemacht werden, da hier keinerlei Unterlagen mehr vorliegen sind.

Justizangestellter

Quelle: LHa Koblenz, Bestand 927 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg, Nr. 197



M8: Ausschnitt aus einem Brief von Herrn J. an das **Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen** in Trier, Januar 1954

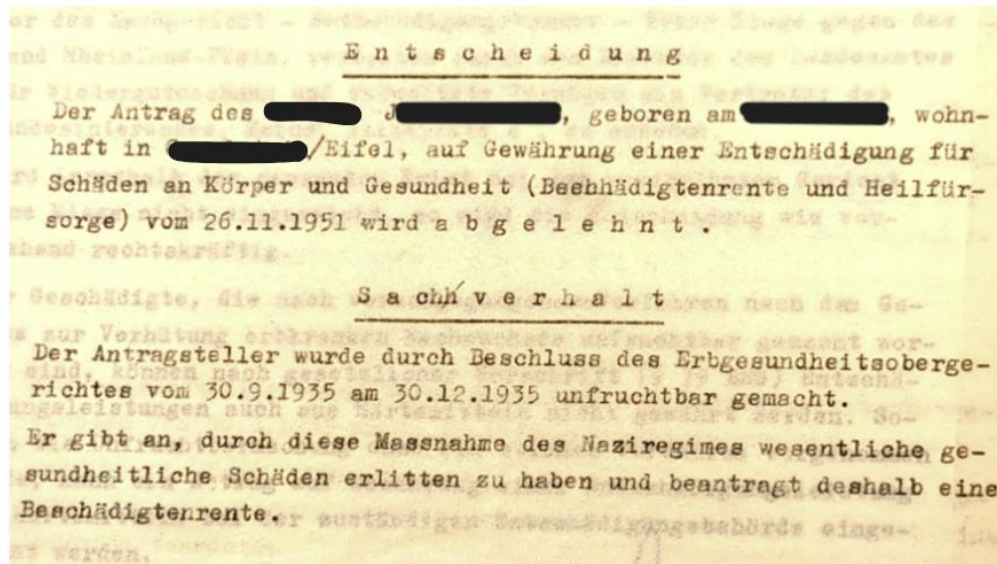


*“Betrifft: Entschädigung [...]*

*Da ich mich im vergangenen Jahr mehrmals bemüht habe, um etwas Näheres über meinen Fall zu erfahren, wie weit es mit der Wiedergutmachung steht, bitte ich höflichst um einen endgültigen Entschluss. Meine Verhältnisse sind Ihnen bekannt, aus vorhergegangenen Briefen. Ich bin ganz arbeitslos seit über 3 Jahren, und total fliegergeschädigt [...]. Lastenausgleich habe ich noch nicht bekommen. Wovon soll ich noch leben? Sollten Sie mir keine Nachricht zuschicken, bin ich gezwungen, andere Mitteln zu unternehmen, da ich über meine Schuld nicht mehr hinwegsehen kann. [...] Hochachtungsvoll Herr J.”*

Quelle: LHa Koblenz, Bestand 927 Amt für Wiedergutmachung, Saarburg, Nr. 197

**M9: Mitteilung des „Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen Trier“ vom 21.5.1954 mit dem Bescheid über die Ablehnung von Entschädigungsleistungen für Herrn J. nach dem Bundesergänzungsgesetz für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung**



*In der Mitteilung werden weiterhin folgende Entscheidungsgründe angegeben:*

“Ein Anspruch auf Entschädigung für Körper- und Gesundheitsschäden ist nach den Bestimmungen des BEG nur dann gegeben, wenn die Schädigung wegen der politischen Überzeugung des Antragstellers oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung erfolgte. Keine dieser Voraussetzungen ist aber im vorliegenden Falle gegeben. Der Antragsteller wurde vielmehr auf Beschluss des Erbgesundheitsobergerichtes [...] aufgrund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.1933 [...] wegen angeborenem Schwachsinn unfruchtbar gemacht. Der Antrag war daher mangels Vorliegens der Voraussetzungen des § 1 BEG abzulehnen. Eine Nachprüfung der behaupteten Schäden erübrigt sich. [...]”

*Quelle: LHa Koblenz, Bestand 927 Amt für Wiedergutmachung, Saarbürg, Nr. 197*

M10: Infobox Zwangssterilisationen



## NS-Zwangssterilisationen

Zeitraum: 1933–1945

### HINTERGRUND:

Die nationalsozialistische Regierung führte 1933 das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" ein. Menschen, die in der nationalsozialistischen Ideologie als "erbkrank" galten, sollten daran gehindert werden, Kinder zu bekommen.

### OPFER:

Ca. 400.000 Menschen wurden auf Grundlage dieses Gesetzes zwangssterilisiert. Betroffen waren vor allem Menschen mit tatsächlichen oder vermeintlichen körperlichen und geistigen Behinderungen, Erkrankungen des Gehirns und des Nervensystems, psychischen Erkrankungen sowie solche, die als "asozial" abgewertet wurden. Jüdinnen und Juden, Sinti:zze und Rom:nja oder People of Colour wurden aus rassistischen Verfolgungsgründen Opfer von Zwangssterilisationen.

### DURCHFÜHRUNG:

Die Entscheidung über die Sterilisation fiel nach Anzeige, Antragstellung und Untersuchung der Betroffenen in speziellen "Erbgesundheitsgerichten". Diese Gerichte ordneten die "Unfruchtbarmachung" an, meist ohne Zustimmung der Betroffenen, die dann in Krankenhäusern oder anderen Einrichtungen zwangsweise sterilisiert wurden.

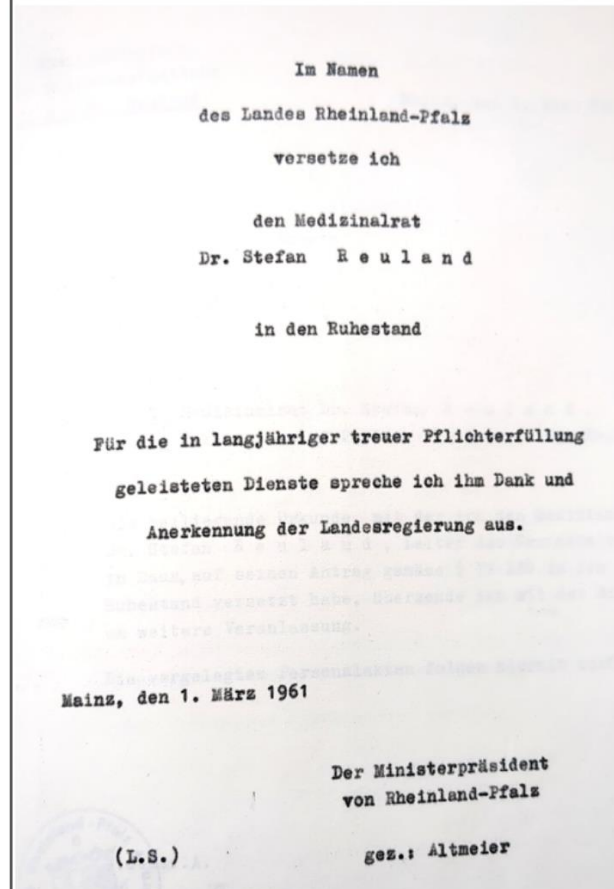
### FOLGEN:

Die Opfer litten oft lebenslang unter körperlichen und seelischen Schäden. Die Zwangssterilisationen gelten als ein frühes Element der NS-Rassenpolitik und waren ein Vorläufer der systematischen Tötung von Menschen mit Behinderungen im Rahmen der "Euthanasie"-Programme.

### AUSEINANDERSETZUNG NACH 1945:

Autorin: Franziska Kaiser, 2024

M11: Abschrift des Schreibens, mit dem der Dauner Amtsarzt Dr. Reuland 1961 vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, in den Ruhestand versetzt wurde.



### Hintergrundinformationen

Den Antrag auf Zwangssterilisation von Herrn J. stellte im Jahr 1935 der damalige Dauner Amtsarzt (siehe M7). Von den Amtsärzten in Daun wurden zwischen 1934 und 1944 mindestens 165 Sterilisationsanträge gestellt und dokumentiert. Allein im Jahr 1935 stellte Dr. Conrad 57 Anträge, davon 49 aufgrund der Diagnose "Angeborener Schwachsinn". Von dieser Diagnosestellung war auch Herr J. betroffen. 1936 übernahm Dr. Conrads Nachfolger Dr. Stefan Reuland den Posten des Amtsarztes. Er trat 1937 der NSDAP bei und war Mitglied in mehreren NS-Organisationen. Zwischen 1936 und 1941 stellte er mindestens 82 Anträge auf "Unfruchtbarmachung" von Jugendlichen, Männern und Frauen, die im Kreis Daun lebten. Im Jahr 1948 wurde er im Rahmen der "Entnazifizierung" entlastet und wurde somit nicht juristisch verfolgt. Nach einem Herzinfarkt im Jahr 1960 wurde er 1961 in den Ruhestand versetzt.

Quelle: LHa Koblenz, Bestand 930 Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz, Nr. 8727



**M12: Ausschnitt aus dem Plenarprotokoll einer Bundestagsdebatte vom 7. Februar 1957.**

“Wir kommen zur Frage 2 - des Abgeordneten Ritzel [...]. Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem den gegen ihren Willen auf Grund des nationalsozialistischen Gesetzes zur Verführung erkrankten Nachwuchses vom 14. Juli 1933 sterilisierten Personen ein Recht auf Entschädigung gewährt wird? [...]

Hartmann, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen: [...] Bei den Sterilisierten sind drei Personengruppen zu unterscheiden:

1. Personen, die aus den Verfolgungsgründen des §1 Bundesentschädigungsgesetzes sterilisiert worden sind. Diesen wird eine Entschädigung [...] gewährt, sofern sie einen [...] Schaden an Körper oder Gesundheit erlitten haben.
2. Personen, die ohne vorausgegangenes Verfahren [...] sterilisiert worden sind. Diesen kann [...] ein Härteausgleich gewährt werden.
3. Personen, die auf Grund eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens nach dem Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses sterilisiert worden sind. [...]

Das Bundesentschädigungsgesetz [...] sieht keine Entschädigung für diesen Personenkreis vor. Maßgebend für den Entschluß des Ausschusses waren folgende Überlegungen:

- a) Das Gesetz zur Verhütung erkrankten Nachwuchses vom 14. Juli 1933 ist kein typisch nationalsozialistisches Gesetz, denn auch in demokratisch regierten Ländern [...] bestehen ähnliche Gesetze.
- b) Nach wissenschaftlich-medizinischen Erkenntnissen führt eine ordnungsgemäß durchgeführte Sterilisation zu keinen organischen Schäden, was nicht ausschließt, daß psychische Schäden, und zwar im wesentlichen bei ohnedies seelisch labilen Personen, auftreten können. [...]

Ritzel (SPD): Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Sterilisierungen, die in anderen Ländern [...] vorgenommen worden sind und werden, in keinen Vergleich gesetzt werden können mit den Massenmethoden, die auf Grund dieses Gesetzes vom 14. Juli 1933 im Hitlerstaat durchgeführt wurden? [...] Ist daraus zu entnehmen, daß die Bundesregierung keine weiteren Entschlüsse zu fassen wünscht?

Hartmann [...]: Das habe ich, glaube ich, gesagt. Ich will es hiermit wiederholen.”

*Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 2/191 vom 07.02.1957, 10876 A-D*

#### **M14: Interviewausschnitt aus dem Jahr 1987**

*In einem Interview aus dem Jahr 1987 erzählt ein Mann aus der Eifel über die Zwangssterilisation seines Bruders und wie darüber in seiner Familie gesprochen wurde:*

„Meinen Bruder H. haben sie zwangssterilisiert wegen epileptischer Anfälle, der mußte sich in Wittlich melden, und als er zurückkam, hatten sie es gemacht. [...] Über die Sache mit H. wurde nie gesprochen, er selbst hat auch nie etwas erzählt; ob er Entschädigung erhalten hat, weiß ich auch nicht. Das Schlimmste ist aber, daß die Krankheit zwei Jahre später verschwunden ist und seither nicht wieder aufgetreten ist.“

*Quelle: Interviewtranskript von E. Surges, 1987.*

#### **M15: Ausschnitt aus einem Brief von Herr J.'s Mutter im Rahmen des Sterilisationsverfahrens, 1935**

*Herr J.'s Mutter versuchte mit mehreren Briefen an die Erbgesundheitsgerichte, den Bürgermeister von Gerolstein und den Reichskanzler Adolf Hitler die Zwangssterilisation ihres Sohnes zu verhindern.*

“Ich bin fest überzeugt wenn diese geplante Maßnahme über ihn ergehen soll, dass er dann für nichts mehr zu gebrauchen ist. Er ist dann in moralischen Abgrund gezogen und tut sich in der Öffentlichkeit nicht mehr sehen lassen.”

*Quelle: LHA Koblenz, Bestand 512,022 Kreisarzt und Gesundheitsamt Daun (Kreis) Nr. 353*

**M16: Infotext**

**Ausblick – Das Ringen um Anerkennung für die Opfer bis in die Gegenwart**

Das in der Ablehnung des Antrags von Herrn J. genannte Gesetz ist das 1953 in Kraft getretene erste Bundesergänzungsgesetz, welches individuelle Wiedergutmachungsansprüche auf Bundesebene regelte. In der Definition der Verfolgtengruppen unterschied es sich nicht vom rheinland-pfälzischen Landesentschädigungsgesetz. Es wurde mehrfach ergänzt, 1956 trat das Bundesentschädigungsgesetz und 1965 das Bundesentschädigungs-Schlussgesetz in Kraft. Jener „Schluss“ fiel in eine Zeit, in der der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte, dass die „Nachkriegszeit“ zu Ende und Deutschlands Schuld umfassend offengelegt sei. Die damalige Gegenwart der Bundesrepublik und die Interessen ihrer Menschen dürfe nicht vordergründig mit Blick auf die NS-Vergangenheit betrachtet werden. Diese Forderung fiel in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Kritik daran, dass die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Verbrechen noch nicht ausreichend erfolgt sei, erfuhr wenig Aufmerksamkeit.

Es dauerte bis in die 1980er-Jahre, bis kritische Stimmen zum Thema „Wiedergutmachung“ laut wurden. Charakteristisch für diese Zeit ist die Debatte um eingangs genannte Opfergruppen, die bis dato nicht anerkannt worden waren. Die Politikwissenschaftlerin Kathrin Braun merkte jüngst an, dass der Begriff „vergessene Opfer“ im Hinblick auf die Entschädigungspolitik der BRD irreführend sei. Diese Opfergruppen seien nicht vergessen, sondern vielmehr bewusst ausgeschlossen worden. (1) Das belegen die Ausführungen des Staatssekretärs im Finanzministerium Alfred Hartmann in der Sitzung des Bundestages im Jahr 1957. Auf die Frage eines SPD-Abgeordneten, ob ein Gesetzesentwurf zur Entschädigung von auf Grund des GzVeN sterilisierten Personen vorgelegt werden soll, teilte er diese in drei Gruppen ein. Für Personengruppe 3, also jene, die „auf Grund eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sterilisiert worden sind“, sehe der Ausschuss für Wiedergutmachungsfragen keine Entschädigung vor. Er begründete die Entscheidung unter anderem damit, dass das Gesetz „kein typisch nationalsozialistisches“ sei, da es ähnliche Gesetze auch in anderen demokratisch regierten Ländern gäbe und der Bund Entschädigungsleistungen nur Verfolgten des NS-Regimes gewähre – obwohl der Bundesregierung bekannt war, dass die westdeutsche Ärztekammer Entschädigung für Betroffene forderte. (2) Dieses Bestehen auf die formaljuristische Legalität des Gesetzes und damit die Nichtanerkennung der NS-geschädigten Sterilisationsopfer zementierte ihre fortwährende Stigmatisierung in der Bundesrepublik.

Im Jahr 1980 wurden einmalige Härtefallzahlungen für Zwangssterilisierte beschlossen, bis heute können die zur Personengruppe 3 Gehörigen keine reguläre Entschädigung nach dem BEG, sondern ausschließlich Einmal- und fortlaufende Zahlungen aus Härtefonds erhalten. Im Jahr 2007 wurde ein Antrag im Bundestag auf Ächtung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses angenommen, die Annullierung des Gesetzes wurde wie auch schon 1986 abgelehnt. (3) Im Juni 2024 wurde im Bundestag zuletzt ein Antrag auf die Intensivierung in der Aufarbeitung der Schicksale von Opfern der NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisationen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90 Die Grünen und FDP eingebracht. (4)

---

(1) Braun, Kathrin: Biopolitics and historic justice. Coming to Terms with the Injuries of Normality. Bielefeld 2021, S. 64f.

(2) Plenarprotokoll 2/191 vom 07.02.1957, 10876 A-D.

(3) Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode Drucksache 16/5450 vom 23.05.2007.

(4) Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode Drucksache 20/11945 vom 25.06.2024.

Autorin: Franziska Kaiser, 2024





## Aufgabenimpulse

1. **Nenne** die Kernpunkte des rheinland-pfälzischen „Landesgesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus“ (LEG) von 1950 (**M1**).
2. **Erarbeite** ausgehend von **M2-M9** eine übersichtliche Tabelle zu den Informationen über Herrn J.'s Zwangssterilisationsverfahren und den Verlauf seines Entschädigungsverfahrens. Notiere alle beteiligten Institutionen und die jeweils genannten Namen in eigenen Spalten. Berücksichtige auch die Entstehungszeiträume der Quellen.

***Tip:** Informiere Dich in der Infobox „NS-Zwangssterilisationen“ (**M10**).*

***Info:** Die Quellenausschnitte **M2-M9** entstammen der Akte, die das Entschädigungsverfahren von Herrn J. dokumentiert. Diese ist im Landeshauptarchiv in Koblenz zu finden. Rechtschreibfehler wurden in den Transkriptionen aus Gründen der Lesbarkeit korrigiert.*

3. **Erläutere** die Begründung für die Ablehnung des Entschädigungsantrags von Herrn J. (**M1, M9**)

***Tip:** Überlege, welche Verfolgtengruppen im Landesentschädigungsgesetz (nicht) berücksichtigt wurden.*

4.
  - a) **Arbeite** ausgehend von den Quellen **M2, M3, M5** und **M8 heraus**, in welcher Situation sich Herr J. seinen Briefen zufolge während der Laufzeit seines Wiedergutmachungsantrags befand.
  - b) **Entwickle** ausgehend von Deinen Erkenntnissen aus Aufgabe a) begründete Vermutungen zu Herrn J.'s Gefühlslage und nenne die entsprechenden Textstellen aus den Quellen. (**M2, M3, M5, M8**).



## Aufgabenimpulse

5. Informiere Dich unter folgendem Link: <https://zumfeindgemacht.de/zwangssterilisierungen/>.

Beziehe zudem **M11** mit ein.

- a) **Erläutere** den Umgang mit Ärzt:innen nach 1945, die Zwangssterilisationsverfahren anordneten und/oder durchführten.
- b) Lies M11 erneut. Öffentliche Schreiben von Vertretern des Bundes oder der Länder folgen häufig Standardformulierungen. **Bewerte** den Wortlaut des Ministerpräsidenten in diesem konkreten Fall unter Einbezug der Hintergrundinformationen zur Rolle der Dauner Amtsärzte.

6. „Ob mir geholfen wird, ist eine Frage?“

- a) **Erläutere** mithilfe des Infotextes (**M16**) die Entwicklungen in der Entschädigungspraxis für Zwangssterilisierte in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis heute.
- b) **Beziehe Stellung** zur Entwicklung der bundesdeutschen Entschädigungspraxis für Zwangssterilisierte.
- c) **Konzipiere** auf Grundlage von a) einen knappen Text für den Unterpunkt „Auseinandersetzung nach 1945“ in der Infobox „NS-Zwangssterilisationen“ (**M10**).



## Aufgabenimpulse

7.

- a) **Arbeite** aus **M12** heraus, welche Entscheidungen der Bundestagsausschuss im Jahr 1956 zu Entschädigungsleistungen für Zwangssterilisierte getroffen hat und wie er diese begründete.
- b) **Diskutiere** diese Argumentation unter Einbezug von Herrn J.'s Entschädigungsverfahren kritisch.

*\* Höre Dir den Originalausschnitt aus der Bundestagsdebatte an, Du kannst außerdem das vollständige Protokoll zur Hilfe nehmen (M13, Link zum Originalausschnitt: <https://dbtq.tv/cvid/7305031>).*

- a) **Erläutere** die Argumente, die die beiden Redner Alfred Hartmann (CSU) und Heinrich Ritzel (SPD) vorbringen.
- b) **Nimm Stellung** zur Entscheidung des Bundestagsausschusses. Stelle Vermutungen an, welche Auswirkungen diese Entscheidungen für Opfer von Zwangssterilisationen wie z.B. Herrn J. hatten. Beziehe dazu auch **M14** und **M15** mit ein.





## Aufgabenimpulse

- a) Herr J. verstarb im 85. Lebensjahr im Jahre 1999 in Gerolstein. Ob er für das erlittene Unrecht jemals finanzielle Entschädigung erhalten hat, ist nicht mit Sicherheit zu klären. Es ist jedoch unwahrscheinlich: Der letzte Eintrag in seiner Akte von 1972 wiederholt die Entscheidung, dass er nicht zum Personenkreis der Verfolgten gemäß dem Gesetz gehörte.

**Eine Zeitzeugin aus Gerolstein erinnert sich im Jahr 2024 an die 1950er-Jahre:**

*„Die [Schulkinder vor Ort] haben immer gelacht über den [Herrn J.], das habe ich noch so in Erinnerung.“*

**Diskutiere** auf Basis der Zeitzeuginnenaussage sowie **M14** den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen, die in der NS-Zeit zwangssterilisiert wurden, nach 1945.

### Impulse zur Vertiefung:

- **Setze Dich damit auseinander**, welche Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen Menschen mit Behinderung, physischen oder psychischen Erkrankungen in unserer heutigen Gesellschaft machen.
- **Diskutiere** am Beispiel von Menschen mit Behinderung, inwiefern der Blick der NS-Ideologie auf Menschen, die tatsächlich oder vermeintlich „anders“ als die Mehrheitsgesellschaft sind, bis heute Auswirkungen auf unsere Gesellschaft hat.



## Projektorientierte Aufgabenimpulse

- **Konzipiert** einen Gallery Walk, der chronologisch durch das Entschädigungsverfahren von Herrn J. führt. Untergliedert dabei in Quellenausschnitte/-zitate und die Einordnung dieser Zitate in ihre historischen Kontexte. Ihr könnt zudem eine Rubrik mit weiterführenden Informationen verlinken, in denen ihr z.B. Lexikoneinträge oder Kurzvideos als QR-Code verlinkt.

***Tipp:** Überlegt, ob und wie ihr den Gallery Walk bebildern möchtet.*



## Projektorientierte Aufgabenimpulse

- **Konzipiert** eine Gedenktafel oder ein Gedenkobjekt für Herrn J., die/das in der (heutigen) Verbandsgemeinde Gerolstein platziert werden soll.

### Gedenktafel:

Überlegt und begründet

- ... welche Informationen der Text enthalten soll.
- ... wie die Tafel gestaltet werden soll (Form, Farbwahl, Bebilderung, Schriftart, Größe etc.).
- ... wo die Tafel angebracht werden könnte.
- ... welche Aktivitäten die Einweihung begleiten könnten.
- ... welche Angebote die (heutige) Verbandsgemeinde Gerolstein anbieten könnte, um das Gedenken nachhaltig zu begleiten.
- ... wie sich das Gedenken an Herrn J. im digitalen Raum gestalten könnte.

### Gedenkobjekt:

Überlegt und begründet

- ... welche Form das Objekt haben soll (abstrakt/konkret).
- ... welche Größe das Objekt haben soll.
- ... ob das Objekt mit Text kontextualisiert werden soll. Wenn ja, welche Informationen sollte dieser enthalten?
- ... wie das Objekt gestaltet werden soll (Form, Farbwahl etc.).
- ... wo das Objekt platziert werden soll.
- ... welche Aktivitäten die Einweihung begleiten könnten.
- ... welche Angebote die (heutige) Verbandsgemeinde Gerolstein anbieten könnte, um das Gedenken nachhaltig zu begleiten.
- ... wie sich das Gedenken an Herrn J. im digitalen Raum gestalten könnte.



## Reflexionsimpulse

a) Du hast Dich nun intensiv mit den Bemühungen von Herrn J., für seine Zwangssterilisation in der NS-Zeit Wiedergutmachung zu erhalten, auseinandergesetzt. Nutze das **Reflexionstagebuch (M17)**, um Deine Gedanken zu Herrn J.'s Geschichte zu sortieren, offene Fragen zu formulieren und kritisch über Darstellungsmöglichkeiten seiner Geschichte nachzudenken. Halte Deine Reflexion darin schriftlich fest.

**Hinweis:** M17 ist separat als Downloaddatei verfügbar.

b) Erinnerung ohne Namen? Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes und der Sensibilität des Verfolgungsgrundes (hier konkret der Zwangssterilisierung im Nationalsozialismus) wurde der Name Herrn J.'s in den vorliegenden Unterrichtsmaterialien auf Anraten des zuständigen Archivs pseudonymisiert. **Diskutiere** die Auswirkungen der Pseudonymisierung im Nationalsozialismus verfolgter Personen auf eine gegenwärtige Auseinandersetzung mit ihren Schicksalen. Beziehe dabei Perspektiven betroffener Personen/ihrer Familien sowie von HistorikerInnen, erinnerungskulturellen Initiativen und Akteuren der historisch-politischen Bildung ein.





## Weiterführende Literatur

[Auswahl]

- BRAUN, Kathrin: Biopolitics and Historic Justice. Coming to Terms with the Injuries of Normality. Berlin, 2021 (DOI: 10.14361/9783839445501-003).
- GOSCHLER, Constantin: Diskurse und Praktiken der Wiedergutmachungs- und Entschädigungspolitik in Ost und West, in: Deutungskämpfe – die „zweite“ Geschichte des Nationalsozialismus, hrsg. v. Manuela Homberg & Michael Homberg. Frankfurt 2024, S. 79-97.
- KAISER, Franziska: „Meine Ehre ist genommen und auch alles andere.“ – „Wiedergutmachung“ für NS-Zwangssterilisierte in der Eifel? [in Vorbereitung].
- KLEIN, Matthias: NS-„Rassenhygiene“ im Raum Trier. Zwangssterilisationen und Patientenmorde im ehemaligen Regierungsbezirk Trier 1933-1945. Köln 2020 (Rheinisches Archiv Bd. 161).
- OSTEN, Philipp: Propaganda für Krankenmord und Zwangssterilisierung, in: Medizin im Nationalsozialismus. Unterrichtsmaterialien zur Medizin- und Sozialgeschichte Hamburgs Teil II, hrsg. v. Philipp Osten & Helge Schröder. Hamburg 2023, S. 26-35.
- TÜMMERS, Henning: Anerkennungskämpfe. Die Nachgeschichte der nationalsozialistischen Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik. Göttingen 2011.
- WESTERMANN, Stefanie: Verschwiegenes Leid. Der Umgang mit den NS-Zwangssterilisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Köln 2010.
- Online-Portal: #ZumFeindGemacht. Abruf unter: <https://zumfeindgemacht.de/> [Social-Media-Kampagne #ZumFeindGemacht des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.].
- Themenportal Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts. Abruf unter: <https://www.archivportal-d.de/themenportale/wiedergutmachung> [Themenportal initiiert vom Bundesministerium der Finanzen].